

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

190 (15.7.1920) Erstes und Zweites Blatt

eine Verabredung zu einer persönlichen Aussprache getroffen worden sei. Die „Dernière Heure“ schreibt u. a.: Dr. Simons hat es verstanden, alles ins Werk zu setzen und dank seiner Redefähigkeit, seines Ausdrucks und Realismus überzeugend zu wirken, für die Verbündeten glücklicherweise umsonst. Seine Rede war geradezu von denkwürdiger Gewandtheit und für diejenigen, die sich davon befangen ließen, von denkwürdiger Logik.

Paris, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Marshall Foch hat gestern abend 9 Uhr die Reise nach Spa angetreten. General Pétain begleitete ihn zum Bahnhof.

Deutschlands Verlangen nach Verminderung der Besatzungstruppen und Rückgabe von Kolonien.

Spaa, 14. Juli. (E.P.) In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die deutschen Delegierten die Absicht haben, von den Alliierten zu verlangen, die alliierte Besatzungsarmee im Rheinlande herabzusetzen, um die Kosten, die durch diese Truppen verursacht werden und die Deutschland zu tragen hat, herabzumindern. Die deutschen Delegierten werden ebenfalls verlangen, daß Deutschland einige Mandate über seine ehemaligen Kolonien übertragen werden.

Die Ernährungsfrage Deutschlands.

Spaa, 14. Juli. (Wolff.) Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat der Konferenz in Spa ein Exposé über die Ernährungsfrage Deutschlands unterbreitet, in dem es heißt:

Die Ernährungschwierigkeiten Deutschlands rühren her: 1. Von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit. 2. Von der Unmöglichkeit, die für die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel, Futtermittel, Phosphat in ausreichenden Mengen einzuführen. 3. Von dem Mangel an Rohstoffen für die Dedung der fehlenden Nahrungsmittel durch Einfuhr. Der Ernteertrag vor dem Krieg in dem Zeitraum 1913 bis 1919 für Brotgetreide um 21 Prozent, für Futtergetreide um 25 Prozent, für Kartoffeln um 31 Prozent, für Zuckerrüben um 30 Prozent. In demselben Zeitraum sanken die Bestände an landwirtschaftlichen Maschinen und Schweinen um noch mehr als 41 Prozent. Deutschland ist daher gezwungen, die im Krieg eingeführte Rationierung für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel noch länger fortzuführen. Die Rationierung muß aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorienminimums bedeckt. In Preußen starben an Hunger im Jahre 1918 1-5 Millionen im Jahre 1918 42 024, im Jahre 1918 67 800, obwohl die Geburtenziffer während der Kriegsjahre sich um etwa 40 Prozent verringert hat. In Mecklenburg-Schwerin, einem Agrarstaate, betrug die gleiche Ziffer im Jahre 1914 360 und im Jahre 1918 810.

Andererseits gestattet der Zustand der chronischen Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, die volle Arbeitskraft wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtig durch aus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu leisten. Daraus kommt, daß es in wesentlichen Teilen der Bevölkerung unmöglich ist, die auf Karren ausgegebenen Lebensmittel käuflich abzunehmen, da die Preise die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigen, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verbilligt. Die augenblicklich ausgegebene Ration, die einschließlich Hülsenfrüchten, Zucker, Marmelade, Rumänien einen Kalorienwert von etwa 12.500 hat, kommt auf 101 K und 4 Bq. zu stehen, während sie vor sechs Jahren 777 K betrug.

Unter Berücksichtigung aller vorerwähnten Umstände beklagt sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 Mi-

lionen Tonnen Futtergetreide, 750 000 Tonnen Weizen, 180 000 Tonnen Reis, 144 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Fisch, ferner 500 000 Tonnen Rohphosphat, 350 000 Tonnen Schwefel, die deutsche Delegation schlägt daher vor, eine Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Beschleunigung zu bilden, die über die Maßnahmen der Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten hätte.

Zum Ueberfall auf den Vertreter des W.L.B.

Aöln, 14. Juli. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Spa vom 13. ds. Mts.: Nachdem der Generalsekretär der Konferenz und der belgische Minister des Äußern bereits mündlich ihr Bedauern wegen des Ueberfalls auf den Vertreter des W.L.B. ausgedrückt hatten, traf heute beim Minister Dr. Simons ein besonderes Entschuldigungs schreiben ein, das nochmals dem Bedauern Ausdruck gibt und eine strenge Untersuchung und Abmahnung zusage.

Spaa, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht. Amtlich.) Wegen Verleumdung und Mißhandlung des deutschen Delegationsangehörigen Dr. Simons durch den belgischen Minister des Äußern wegen des Ueberfalls auf den Vertreter des W.L.B. ausgedrückt hatten, traf heute beim Minister Dr. Simons ein besonderes Entschuldigungs schreiben ein, das nochmals dem Bedauern Ausdruck gibt und eine strenge Untersuchung und Abmahnung zusage. In demselben Schreiben erhalten, worin der Generalsekretär die Herrn Stoloffa widersprechende Brutalität verurteilt und im Auftrage des belgischen Ministers des Äußern dessen Bedauern über den Vorfalle ausdrückt. Wegen die Schuldigen ist sofort Untersuchung eingeleitet worden, deren Ergebnis noch nicht feststeht. Minister Dr. Simons hatte um Mitteilung des Ergebnisses gebeten.

Polens Hilferuf an die Entente.

(Eigener Drahtbericht.)

Spaa, 14. Juli. (E.P.) Der polnische Ministerpräsident Grabzki verhandelte am Sonntag und Montag in London mit Lord George, Milner und Storra. An den Beratungen nahm auch der polnische General Komarowski und der tschechische Außenminister Benes teil. Lord George verhielt sich aber reserviert. Auch Milner und Storra wollten nicht viel sprechen. Er lagte aber zu, die Angelegenheit in der Kammer zu erwähnen.

Journalisten gegenüber erklärte Grabzki, für Polen sei die entscheidende Stunde gekommen, da die russische Armee sechs mal so stark wie die polnische und mit allen modernen Kriegsmitteln ausgerüstet sei. Die Kräfte der Polen seien den Bolschewiki keineswegs gewachsen und Polen wende sich daher an die Alliierten. Es hoffe sowohl auf die moralische als auch eine materielle Unterstützung der Alliierten. Polen sei geneigt, mit Rußland Frieden zu schließen, und habe sich deshalb an den Obersten Rat gewendet. Es erheine wahrscheinlich, daß der Oberste Rat vermittelnd eingreife. Eine militärische Hilfe von Seiten der Entente sei nur möglich, wenn aus den besetzten deutschen Gebieten Truppen herausgezogen würden, was die Franzosen wohl kaum bereit seien.

England und die Sowjetregierung.

London, 13. Juli. (Wolff.) Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage lagte Bonar Law: Die Sowjetregierung nahm die von der englischen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen an. Demzufolge ist eine Verständigung über die Grundlage für Verhandlungen wegen des Handelsverkehrs erreicht. Die englische Regierung schlug nach Besprechungen mit den Alliierten, und wie ich höre, mit deren Zustimmung, der Sowjetregierung vor, einen sofortigen Waffenstillstand unter geeigneten Bedingungen mit Polen abzuschließen, dem eine Friedenskonferenz zwischen Rußland und den Randstaaten folgen würde. Cooke fragte: „Heißt das, daß die Sowjetregierung anerkannt ist?“ Bonar Law erwiderte: „Nein.“ Redworth fragte: „Es ist doch der Fall?“ Wedgwood erklärte, daß die englische Regierung gedroht habe, eine

bewaffnete Streitmacht auszuheben für den Fall, daß die russische Regierung sich nicht willfährig erweise. Bonar Law erwiderte darauf: „Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, von der Regierung zu verlangen, Einzelheiten unserer Mitteilung an Rußland bekanntzugeben. Die Mitteilung an die russische Regierung wird zu einem geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden.“ In Erwiderung auf weitere Anfragen in dieser Angelegenheit machte Bonar Law die Bemerkung, daß es besser wäre abzuwarten, ob die Sowjetregierung das vorgeschlagene Verfahren nicht annehme.

Amsterdam, 13. Juli. (Wolff.) Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Spa: Bisher ist noch keine Antwort auf das von der englischen Regierung am Samstag nach Moskau gefandte Telegramm über einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen empfangen.

Bonar Law über die Verhandlungen mit Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 14. Juli. (E.P.) Am Montag wurde im englischen Unterhaus eine Reihe von Anfragen an die Regierung gerichtet, die sich in erster Linie auf die Vorgänge in Polen und auf die englischen Vermittlungsversuche, zwischen Polen und Rußland den Frieden herbeizuführen, bezogen. Bonar Law erklärte, daß die Räteregierung die von dem britischen Kabinett gestellten Bedingungen erfüllen und die abgebrochenen Verhandlungen dementsprechend wieder aufnehmen wolle. Die englische Regierung habe der Sowjetregierung Vorschläge für einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Warschau unterbreitet. Dieser Waffenstillstand wurde geschlossen zum Zwecke der Feststellung der Friedensbedingungen nicht nur zwischen Polen und Rußland, sondern zwischen allen Randstaaten.

Der Abgeordnete Wilson fragte an, ob zwischen London und Moskau die Verhandlungen bereits eingeleitet hätten. Bonar Law erwiderte, daß sie effektiv begonne hätten, ferner daß die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Polen und Rußland erst veröffentlicht würden, wenn die beiden Regierungen sie eingehend geprüft hätten. Bonar Law betonte, daß diese Verhandlungen keineswegs die Anerkennung der Räteregierung bedeuten.

Deutsches Reich.

Berichtungen von Wahlergebnissen.

Die beiden Wahlkreise Sessen-Rastau, wo Abg. Schädling mit mehr als 116 000 Stimmen und Sessen-Darstadt, wo Abg. Krell mit mehr als 63 000 Stimmen gewählt worden ist, bilden den Wahlkreisverband Sessen, dem nach den vorläufigen Feststellungen nur einige vierzig Stimmen an der erforderlichen Zahl von 60 000 aus den beiden Wahlkreisen gefehlt haben, um ihm ein Mandat zu sichern. Es scheint aber, daß die Demokraten in Sessen-Rastau den Nachweis geführt haben, daß die vierzig Stimmen, die an der Wahl eines zweiten Abgeordneten für Sessen-Rastau fehlten, der Partei zu Unrecht gestrichen sind. Die Frage wird in den nächsten Wochen durch das Wahlprüfungsgericht entschieden werden. Wäre der Demokratischen Partei ein zweites Mandat für Sessen-Rastau zufließen, so würde die Demokratische Reichsstelle 60 000 Stimmen besitzen und damit der zuletzt auf der Reichsstelle gewählte Kandidat — Frau Dr. Lüders — auscheiden. Durch die Wahlen in den Wahlkreisgebieten wird sie allerdings mit ziemlicher Sicherheit ihr Mandat wiedergewinnen.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die kleinen Verchiebungen im Wahlergebnis, die seit nachträglich beachtet werden, nicht als ein besonderer Mangel des letzten Wahlrechts angesehen werden können. Vielmehr sind auch beim früheren Wahlrecht Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen und damit das nachträgliche Aufheben von Abgeordneten an der Tagesordnung gewesen. Nur besteht sich damals die Entscheidungen über die Gültigkeit von Wahlen über die ganze Wahlperiode, so daß ein Abgeordneter unter Umständen erst an einem der letzten Tage der Wahlperiode das unrichtig gewählte Mandat verlor. Heute dagegen ist die Entscheidung bereits nach wenigen Wochen möglich, so daß sich die Fälle einer Verchiebung des Wahlergebnisses zwar ansammelnd mehr häufen. Tatsächlich aber sind es viel weniger, und vorzüglich die Verchiebung rein zahlenmäßige

und auf Grund der Verhandlungen des Wahlprüfungsberichts während es früher schwieriger Verhandlungen im Reichstag und eines neuen erditterten Wahlkampfes bedürfte, um ein solches Wahlergebnis zu forcieren.

Für die Fernsprech-Zwangsanleihe

sind die folgenden Bestimmungen getroffen worden: Der Beitrag wird erst von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an verzinst und die Zinsbeträge unterliegen der Kapitalertragssteuer, so daß in Wirklichkeit nur 3,6 v. H. bezahlt werden. Die Zinsbeträge sind angezinst, den Betrag allgemein ohne die Nachprüfung des Bedürfnisses in vierteljährlichen Teilzahlungen einzuziehen. Die erste Teilzahlung ist am 1. Oktober fällig; Beiträge auf kleinere Zahlungen werden genehmigt, wenn ein besonderes wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Der Mindestbetrag einer vierteljährlichen Teilzahlung beträgt aber dem bei Hauptanfällen 100 Mark, bei Nebenanschlüssen 50 Mark. Außerdem schiebt die Deutsche Volksversicherungsw-V. in Berlin-Zehlendorf den Betrag zunächst auf 10 Jahre vor. Die Vergütung hierfür richtet sich nach dem Reichsbankkomfortab und beträgt für einen Hauptanfall jährlich 35 Mark und eine Einzahlungsgebühr von 20 Mark. Gestundet sind 7 v. H. der Zinsbeträge.

Bergarbeiterfreistell im Zwickauer Kohlenrevier.

Im Zwickauer Kohlenrevier sind 10 000 Bergleute in den Streik getreten, um die dortigen Metallarbeiter, die in einem Bohnstamm stehen, zu unterstützen. Alle großen Gruben liegen still. Auch in der staatlichen Waggonfabrik Zwickau sind 600 Mann in einer Sympathiestreik getreten.

Ein Ueberfall auf Hindenburg.

Berlin, 14. Juli.

Wie aus Hannover gemeldet wird, ist am Abend des 12. Juli gegen 7 1/2 Uhr ein 20jähriger Mann in die Wohnung des Feldmarschalls von Hindenburg eingedrungen. Als der Feldmarschall seinen Diener rufen wollte, entspann sich zwischen dem Feldmarschall und dem Eindringling ein längeres hartnäckiges Ringen. Dabei zog der Eindringling plötzlich einen Revolver aus der Tasche und schob ihn auf den Feldmarschall ab. Die Kugel ging vorbei und es gelang schließlich dem Verbrecher, sich loszureißen und unerkannt zu entkommen. Offenbar handelt es sich um das Mitglied einer Bande, die einen Einbruch in die Villa des Feldmarschalls plante und für die der Eindringling die Gelegenheit auszunutzen sollte.

Ueber den Kampf Hindenburgs mit einem Einbrecher gibt der Sohn des Feldmarschalls, Generalmajor v. Hindenburg, folgende Darstellung: Als am Montagabend mein Vater, der außer einem Diener allein in der Villa weilte, in ein Hinterzimmer des Erdgeschosses trat, erblichte er einen fremden Mann. Als er ihn anrief: Was wollen Sie hier? antwortete der Fremde: Ich habe mich verlaufen, verzeihen Sie mir. Mein Vater, der in dem etwa 20jährigen Mann einen Einbrecher vermutete, packte ihn und zog ihn in die Nähe der Alarmpötte, um mittels dieser den Diener herbeizurufen. In diesem Augenblick zog der Mann ein Revolver und gab mit den Worten: Nehi wollen wir anders miteinander reden, einen Schuß ab, der dicht an der Brustseite des Feldmarschalls vorbeiging. Es entspann sich dann ein gefährliches Ringen um die Waffe, die mein Vater dem Eindringling entreißen wollte. Dabei zog er den Verbrecher bis an die Klingel heran und gab mit der einen Hand das Alarmpötte. Hierbei riß sich der Unbekannte los und flüchtete aus dem Hause. Mein Vater ist glücklicherweise unverletzt. Auch scheint ihn der Kampf auf Leben und Tod trotz seiner Jahre nicht weiter mitgenommen zu haben.

Der Ueberfall auf unseren besten Deutschen ist eine neue sprechende Auflage gegen unser ganzes öffentliches Leben. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie nötig eine Revision unserer Strafrechtsgesetze anlässlich der immer mehr zunehmenden Unsicherheit erscheint, so ist es der Versuch eines 20jährigen, einen Einbruch in die Wohnung des Feldmarschalls Hindenburg zu machen und, wohlwollend für einen etwaigen Zusammenstoß mit Hausbewohnern, sich der Feststellung seiner Persönlichkeit und der Festnahme durch den Gebrauch der Waffe zu entziehen.

Ein Driel über die Quäkerspeisung.

Sehr geehrter Herr Zukunfts Bruttler!

Sie haben ein Herz und viel Verständnis für unsere Kinder, das erfüllt man aus der Art, wie Sie in Ihren Wochenbruttlerien von den Schulen und der Quäkerspeisung reden. Sie sehen mit Augen der Liebe. Sehr gut haben Sie auch vor einiger Zeit die Tatsache gestreift, daß für die Kinder, die mit den Liebesgaben nicht bedacht werden konnten, schon alle sozialen Fragen ins Gesichtsfeld treten, und daß diese hier schon lernen können und müssen, daß es ein großes Entsetzen zum Heile der Schwächeren geben muß. In diesem Sinne schrieb Ihnen ja auch „Frau Vief“.

Ich habe nun auch Kinder, die nicht an der Speisung teilnehmen können. Sie können auch ihren Kameraden neidlos das Gute. Aber alle paar Tage kommt echt kindlich der Wunsch an die Oberfläche: „Einmal möchte ich doch ein bißl verhungern“. Meine Kinder sagen, daß das die meisten Kinder sich wünschen. In manchen Schulen trägt der Lehrer diesem kindlichen Wunsch Rechnung, er schiebt der Reihe nach für ein Quäkerkind, das mal wegen Erkrankung fehlt, ein anderes ein. Mein Bub hat auf diese Art schon „e bißl verhungert“ und war überglücklich. Er ist nun auch zufrieden. Mein Mädel hängt immer noch am unerfüllten Wunsch. Können Sie da nicht, lieber Herr Zukunfts Bruttler, anregen, daß jedes, aber auch jedes Kind ein mal gleichsam als Symbol die Liebe fühlen soll, die über Land und Meer zu uns kommt und uns segnen will. So wie ich die Lehrer und Lehrerinnen kenne, nehmen sie das bißl Mühe gerne noch in Kauf.

Mit bestem Gruß.

Ihre Irma Vergißmichicht.

Da gleichlautende Wünsche von Müttern aus allen Schichten mir zugegangen sind — besonders wird für eine einmalige Probe von Einback für jedes Kind geworden — gebe ich die obige Epistel einer sehr geschägten, klugen und mütterlichen Mitarbeiterin des „Karlsruher

Tagblatts“ nach Vermögen gerne weiter. Insbesondere deshalb, weil ich dadurch den bleibenden geistigen Einfluß und die Einprägung tagchristlicher Liebe, wie ich sie als Wesentlichstes in der Tatsache der Quäkerspeisung von vornherein nachdrücklich betont habe, glücklicherweise symbolisiert sehe. J. Br.

Theater und Musik.

Das Königsberger Stadttheater geschlossen. Das Stadttheater war im letzten Jahr in eine finanziell sehr mißliche Lage geraten. Zur Hebung dieser Verhältnisse war der Plan einer Betriebsgemeinschaft zwischen Stadttheater und neuem Schauspielhaus aufgetaucht. Man hatte zur praktischen Verwirklichung dieses Gedankens die Aufbringung einer halben Million veranschlagt, während eine zweite halbe Million die Stadt Königsberg — die bisher durch die Quäkerspeisung nur greifbaren Nutzen aus dem Theater gezogen hatte — aufbringen sollte. Leider ist dieser schöne Plan zu Wasser geworden. Der Leiter des Schauspielhauses verwendet jedoch eine Erklärung, wonach von der mit allgemeiner Sympathie begrüßten Vereinigung beider Theater, einstweilen wenigstens, Abstand genommen werden muß. Da die erste halbe Million ausgeblieben ist, fehlt es an der erforderlichen finanziellen Unterlage, und auch aus künstlerischen Gründen läßt sich das schwierige Werk der Betriebsvereinigung für die kommende Spielzeit nicht mehr bewältigen. — Königsberg bleibt also ohne großes Schauspielhaus und ohne Oper. Möglicherweise läßt sich der Verein Königsberger Volkshäuser die Lage zunutze machen und sich das schöne Haus des Stadttheaters für seine Zwecke sichern; möglich auch, daß es leer steht, oder aber von Kurpfälzern und Musikern mit Beschlag belegt wird.

Max Regers Archiv. Die Witwe Max Regers hat aus Anlaß des dritten Reinerjahres in Jena der Öffentlichkeit ein Max Regers Archiv übergeben, das sie in Gemeinschaft mit dem Jenaer Universitätsmusikdirektor Wolfmann geschaffen hat. Es enthält Regers-Erinnerungen und wertvolle Manuskripte von Regers Kompositionen. Frau Regers beabsichtigt, das Archiv

später der Universität Jena zu stiften. Die Leitung des Archivs wurde Professor Volkmann übertragen.

Beim internationalen Mustererwerb, der im August in Brüssel tagt, liegt der Antrag vor, Wien als Musterzentrum für Europa zu bestimmen. Der Antrag wird wahrscheinlich angenommen.

Geh. Hofrat Max Bachur, der frühere Direktor des Theaters und Stadtheaters in Hamburg, ist in Jena, wo er zur Zeit weilt, im Alter von 75 Jahren gestorben.

Kunst und Wissenschaft.

Babische Keramik. Im Rahmen der geplanten Ausstellung, die zu Beginn der „Babischen Woche“ in Karlsruhe eröffnet werden wird, soll auch die künstlerische Produktion der Karlsruher Majolikamanufaktur in ihren besten Stücken vorgestellt werden. Da Karlsruher Majoliken besonders aus früheren Jahren sich häufig im Privatbesitz befinden, werden die Besitzer solcher Stücke gebeten, zur Förderung der Sache entsprechende Nachrichten an die Direktion der Babischen Kunsthalle, Karlsruhe, Hans-Thoma-Strasse 2, gelangen zu lassen.

Preisanschriften der Deutschen Gesellschaft. Zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der anorganisch-chemischen Technologie an den deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten gleichen Ranges hat Geheimrat Professor Dr. F. Haber der Deutschen Bunsen-Gesellschaft für angewandte physikalische Chemie den Betrag von 5000 M zwecks Ausarbeitung eines Preises zur Verfügung gestellt. Preiswürdig ist in erster Linie eine an einer deutschen Hochschule oder deutschen wissenschaftlichen Anstalt gleichen Ranges ausgeführte Experimentalarbeit, die eine erhebliche Frage der anorganisch-chemischen Technologie (zu der die Technologie der Verbrennungsvorgänge und die Metallurgie mitrechnet) durch neue Verflue fördert. Als preiswürdig kann auch eine deutsche wissenschaftlich-literarische Leistung gleicher Richtung angesehen werden, wenn sie für die Forschung auf dem Gebiete der anorganisch-chemischen Technologie besonders anregend und wertvoll ist. Als Preisrichter ist neben anderen von der Gesellschaft Dr. H. N. Heinen bestellt. Bewerber

ungen sollen bis zum 31. Dezember 1921 an den erien Vorsitzenden der Deutschen Bunsen-Gesellschaft, Geh. Hofrat Prof. Dr. F. Richter-Dresden, gerichtet werden.

Kleines Feuilleton.

Die numerierten Töchter. In Korea genießen die Frauen bedeutend geringeres Ansehen als die Männer, wenigstens, so lange sie noch nicht verheiratet sind. Das zeigt sich unter anderem darin, daß die Mädchen nicht wie bei uns in Europa besondere Namen haben. Knaben und junge Männer in Korea haben ebenso Namen wie ihre europäischen Brüder, aber bei den Mädchen ist keine Rede davon. Bis zu ihrem zehnten Jahre werden die koreanischen Mädchen von ihren Eltern und Geschwistern mit einem aus Verabredung gewählten Namen genannt. Gewöhnlich enthält dieser Namen einen Hinweis auf irgend eine körperliche oder geistige Eigenschaft des Kindes. Sobald aber das kleine Mädchen zehn Jahre alt geworden ist, hört man auf, es mit dem Namenen zu rufen, und es wird von nun an stets als ihres Vaters Tochter, niemals auf andere Weise bezeichnet. Heißt der Vater Kim, so wird sie Herrn Kims Tochter genannt. Hat Herr Kim mehrere Töchter, so nennt man die älteste „Herrn Kims älteste Tochter“, die nächste „Herrn Kims zweite Tochter“ usw. Wenn ein junges Mädchen in Korea heiratet, steigt sie zwar etwas im Ansehen, aber sie muß sich doch weiterhin selbstständigen Personennamen bedienen. Sie wird dann mit Titel und Nachnamen ihres Mannes ohne irgend einen Vornamen bezeichnet. Manchmal geschieht es auch, daß die verheiratete Frau weiter nach ihrer Geburtsstätte genannt wird, z. B. „die Frau aus Kims Haus“ bezeichnet wird.

Ein Secht für 10 000 Kronen. Bei Budapest wurde in der Dowan, wie im „St. Hubertus“ berichtet wird, ein Secht gefangen, das fast halbes Gewicht von 101 Mikrogramm aufwies. Das letzte Elementar fand rege Nachfrage und wurde schließlich von einem Budapestener Secht für den gleichfalls fast halben Preis von 10 000 Kronen erstanden. Das höchste bisher bekannte Gewicht eines Sechtes betrug 46 Mikrogramm, 1931 betrug nur seine Erbe ist. D. Red.)

Die Karlsruher Studentenschaft am Eitlinger Bismardturm.

(Eigener Bericht.) Nach langwieriger Unterbrechung, die durch den Weltkrieg bedingt war, hat die Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Karlsruhe ihren alten Brauch wieder neu belebt...

Dann hielt Stud. Kurtina (Korps „Brüha“) die Bismardrede, in der er von dem Worte Theodor Körners „Deutsches Volk, du herrlichstes von allen, deine Eichen stehen, du bist gefallen“ ausging...

Vaterlande bewahren. Dieser Mahnung antwortete die Versammlung durch Singen des Liedes „Wir sind hieraus!“ Stud. Schäfer (Burschenschaft „Luisenonia“) hielt darauf die Gedächtnisrede auf die Gefallenen...

Der Rektor der Technischen Hochschule, Geh. Hofrat Dr. v. A. L. e., verlas die Bismardrede. Als Rektor gebührt ihm bei einer solchen Feier nationales Ansehen...

Beneideter stimmten alle Teilnehmer und die Zuschauer des erhabenen Schauspielers Hoffmanns von Fallersleben Lied „Deutschland aber alles“ an. Dann wurden unter dem Gesange des altberühmten „Gaudefans Lektur“ die Fackeln aufzugeschwenkt...

Tagesanzeiger. (Näheres in aus dem Anzeigenteil zu ersehen.) Donnerstag, 15. Juli. Stadt. Konzerthaus. „Die Gardsfürstin“, 7 Uhr. Stadtpark. Sondersperz. 8 bis 10 Uhr.

Colosseum. 8 Uhr. Friedrichshof-Garten. Opern- und Operetten-Abend. 8 Uhr. Munsches Konservatorium. Prüfungskonzert. 8 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe Auf Grund land- und lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Mittwoch, 14. Juli 1920.

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederdruck. Shows weather data for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einfluss der western über Deutschland gelegenen Hochdrucklagen kam es im Lauf des Tages noch wiederholt zu stärkeren Gewitterbildungen mit vielfach erheblichen Regenfällen (Karlsruhe 19 Millimeter). Von vorübergehender Abkühlung abgesehen, blieb das Wetter meist gewitterfrei.

Vorausichtige Witterung bis Donnerstag, 15. Juli 1920, nachts: Heiter, trocken, wärmer. (Die bevorstehende Besserung scheint abermals keinen längeren Bestand zu haben.)

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7^u morgens

Table with columns: Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederdruck. Shows morning weather observations for various stations like Rastatt, Karlsruhe, etc.

Rhein-Wasserkände morgens 6 Uhr:

Table with columns: Station, Water level. Shows water levels at Schuttermühl, Rehl, Wagan, and Rausheim.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gähneraugen trägt man entweder mit Gummi, wenn es möglich ist, oder aber man befeuchtet sie schnell, scharf und schmerzlos mit Aukrol. Nach Waschen, Schneiden und harter Haut entfernt Aukrol leicht.

Schwefelbad Mingolsheim (bei Heidelberg) renoviert - eröffnet.

Verkaufe Häuser zu verkaufen. Südwest: Eckhaus mit Garten, neu u. modern. Südwest: Wohnhaus 4 Zimmer, Gart. 6800 M.

Doppelwohnhaus mit 3 und 4 Zimmern. Wohnungen, modern ausgestattet. Stadtlage 3.125.000 M. zu verkaufen.

Möbel billig. Moderne Tischeneinrichtungen, Diplomatenschränke, Vertikale, Schreibtische, Dreierstühle, Kleiderbügel, etc.

600 Liter Obstmoß zu verkaufen. h. Melhammer beim Bahnhof Leonbrunn D.M. Bradenheim (Naberau).

Zement-Tröge zu verkaufen. 2) lauf Meter, gut erhalten sofort zu verkaufen. 3) lauf Meter, gut erhalten, 19. Hinterstr. 20.

Obst-Trocknung Gemüse Trocknung Rösten u. Mahlen aller Rohwaren übernimmt in kleinen und größten Mengen Otto Krumm A.-G. Nahrungsmittelfabrikanten Karlsruhe Tel. 774 Stösserstr. 19.

Der schleppende Absatz und die sich anbahnende Preissenkung, über die das kaufende Publikum jetzt unterrichtet werden sollte, macht die Propaganda notwendig. Die mühsame und kostspielige briefliche Kundenwerbung kommt meist nicht in Frage. Die billigste Gelegenheit, Ihr Angebot Tausenden von Interessenten im geeigneten Augenblicke zuzuführen, ist heute mehr denn je eine gut abgefasste und wirkungsvoll gesetzte Anzeige im Karlsruher Tagblatt.

Hauskauf. Schönes modernes Wohnhaus im westlichen Stadtteil sofort zu kaufen gesucht. Valdische Ang. unter Nr. 1426 ins Tagblattbüro erbeten.

Schirmreparaturen aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig ausgeführt bei W. Kresschmar Nachfolger, Postfach 10, Kaiserstr. 83 a Karlsruhe.

Städt. Fischhalle hinter dem Vierordtbad. Verkäufer: M. Pfeffler & Sohn. Donnerstag und folgende Tage Großer Seefischverkauf zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Obst-Trocknung Gemüse Trocknung Rösten u. Mahlen aller Rohwaren übernimmt in kleinen und größten Mengen Otto Krumm A.-G. Nahrungsmittelfabrikanten Karlsruhe Tel. 774 Stösserstr. 19.

Fußbodenlacke - Bodenwische Bodenöl - Stahlspäne - Holzbeizen - Stofffarben Maler-Utensilien vorteilhaft im Farbengeschäft Waldstraße 15, beim Colosseum.

Friedrichshof-Garten Heute abend 8 Uhr Opern- und Operetten-Abend gegeben von der Kapelle des Bad. R.-W.-Rgts. 113 Dirigent: Obermusikmeister Bernhagen. (Morgen Freitag abend großes Streich-Konzert).

Städtisches Konzerthaus. Donnerstag, den 15. Juli 1920. Die Gardsfürstin Operette. Emmerich Kalmán. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Stadtpark. Sonder-Konzert des Musikvereins Harmonie Leitung: Herr Hugo Radolph.

Städt. Vierordtbad Schwimmbad für Damen und Mädchen. Geöffnet: Werktags vormittags 10-11 Uhr und nachm. 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie Freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags.

Karlsruher Liederkranz Sonntag, 18. Juli 1920 nachmittags 4 Uhr beginnend im Kaiserpark, Kaiserallee 23 Familien- und Kinderfest mit Musikaufführungen und Tanz.

„Darmstädter Hof“, Karlsruhe alte gemütliche Weinstube und Hotel 1 Minute von Haltestelle Marktplatz. Gute Weiß- und Rotweine Mk. 3.80 1/4 Liter Gute Küche Verkauf über die Straße

Druckarbeiten jed. Umfanges liefert in tadelloser Ausführung C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. Fernruf 297 Karlsruhe Ritterstraße 1.

Das Bauwesen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Die große und wichtige Angelegenheit des Bauwesens beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung, die von 72 Mitgliedern besucht war. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurden einige Anfragen erledigt.

Auf die Anfrage, was die Stadt im Hinblick auf die Kündigung von städtischen Arbeiter zu tun gedenke, antwortet Bürgermeister Sauer, daß die Arbeiter, so weit sie hier wohnen, nach Möglichkeit wieder untergebracht werden sollen.

Bürgermeister Dr. Forstmann antwortet auf die Bemerkung des Zuhalters der Zeitung, daß die Kommission sich erneut mit der Angelegenheit befassen werde.

Eine weitere Anfrage wünschete Auskunft über die 7 Waggon Eier, die hier in verdorbenem Zustande angekommen seien. Der Bürgermeister erklärte, daß es sich um eine private Sendung des Eiergroßhändlers aus Rumänien handle, an der das Nahrungsmittelamt nicht beteiligt sei. (Gelegentlich einer Besprechung im Ministerium des Innern wurde bereits bekannt, daß es die unzulänglichen Transportverhältnisse umwältigen, heute schon an einen Eierbezug aus den städtischen Gebieten zu denken. D. Red.)

Die folgenden vier Vorlagen werden zusammen beraten.

Nachtragkredit für Wohnungsbauten 1919/20.

Die Kosten für die seit November 1918 erbauten oder begonnenen Wohnhäuser und Einbauten wurden um 6 093 500 M. überschritten. Die Ueberschreitung kann teilweise aus Restkrediten gedeckt werden, so daß noch rund 4 408 000 M. aus Anlehensmitteln zu beschaffen sind.

Bewilligung eines Kredits für Wohnungsbauten 1920/21, sowie Erbau- und Baudarlehens-Vorträge mit den hiesigen Baugenossenschaften.

In 1920 ist der Bau von 141 Wohnungen vorgesehen, für die den verschiedenen Baugenossenschaften Darlehen bis zu einer Höhe von Mark 7 320 000 eingeräumt werden sollen.

Bestellung einer Wohnungsbaukommission.

Sie hat vor allem die Aufgabe, die Genossenschaften bei den neuen Bauausführungen zu überwachen.

Beteiligung der Stadt an der Karlsruher Bauindustrie G. m. b. H.

Die Stadt soll sich an der Gründung einer Gesellschaft mit gewerkschaftlicher Betriebsform beteiligen zur Beschaffung und zum Vertrieb von Baustoffen. Es kommen eine Stammeinlage in Höhe von 255 000 M. und ein Darlehen im gleichen Betrage, also 510 000 M. in Frage.

Bürgermeister Schneider bezeichnet die ersten Anfänge der Stadt zur Lösung des Wohnungsproblems als glückig. Bei der Beschaffung der Baustoffe könne es sich nur darum handeln, daß die Stadt auf dem Markt regulierend eingreife. In der Wohnungsnot werde von der Stadterhaltung alles getan, was möglich ist. Der beabsichtigte Reformvorschlag für das Wohnungsamt sei leider noch nicht abgeschlossen, weil die Reichsverordnung gegen den Wohnungsmangel und die Landesverordnung noch nicht fertig sind. Die vorgesehenen Reformvorschläge bewegen sich zunächst in der Richtung, daß Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Wohnungsdränge noch stärker zu erfassen. Notwendig seien in erster Linie die Mittel zur Verfügung zu stellen, die den Geschäftsgang zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der freien Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter soll ein größerer Spielraum eingeräumt werden. Die Sabotage gegenüber dem Wohnungsamt müsse wieder verschwinden. Mehr als die Hälfte der freien Wohnungen ist widerrechtlich bezogen worden. Einiges Durchschlagendes in der Wohnungsfrage könne nur durch den Neubau erreicht werden. Wir brauchen etwa 2000 neue Wohnungen. Die notwendige finanzielle Grundlage sei gesichert. Schließlich bezieht er noch die Miethsteuer, die vielleicht noch in diesem Jahre komme und wenn nicht, so dürfte das Land sie einführen. Sie soll dazu dienen, durch Besteuerung der Wohnungsinhaber die Mittel für neue Wohnungen zu beschaffen.

Oberbürgermeister Dr. Finter gibt einen sozialdemokratischen Antrag bekannt, der zur Weiterführung des städtischen Bauprogramms 100 Mill. M. verlangt. Da er sich in der Richtung der Absichten des Stadtrats bewegt, wird nicht weiter darauf eingegangen.

Stadtobmann D. Frey empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Die Gartenstadt-Idee müßte wohl aufgegeben werden. Man müsse in möglichst kurzer Zeit für gesunde Wohnungen sorgen und alle Bedingungen ausnützen.

Ein weiterer Antrag auf Bildung von Wohnungskommissionen in allen Stadtteilen kann geschäftsordnungsgemäß nicht behandelt werden, da er einen Initiativantrag darstellt und die Kompetenz des Bürgerausschusses überschreitet. Er deckt sich aber mit der geplanten Umgestaltung des Wohnungsamts, die auch die Heranziehung von Elementen vorseht, die unter der Wohnungsnot zu leiden haben.

Stadtobmann Söhn (Soz.) ist der Ansicht, daß Neubauten allein dem Wohnungsbedarf nicht abhelfen können. Das Kammerprojekts Projekt sei das richtige. Das Sabotage des Wohnungsamts müßte dieses einen energischen Willen entgegensehen. Das Bezirksamt sollte eingreifen. Der Gartenstadtgedanke sei zu befürworten.

Stadtobmann Graf (Ztr.) warnt vor der Herstellung von Behelfsbauten und Dachbodenwohnungen. Die Herstellung sei nur selten nicht zu teuer und hygienisch. Er wünscht keine Kommunalisierung des Bauwesens, sondern befürwortet die von der Handwerkschicht ge-

forderte freihändige Vergebung unter Kontrolle der Öffentlichkeit.

Stadtobmann Braun (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage. Der gemeinsame Grund der drei Vorlagen ist die Erkenntnis, daß die Sorge für die Beschaffung von Wohnungen eine öffentliche Angelegenheit geworden ist.

Stadtobmann Weiß (D.N.): Das Prinzip, daß zu jedem Haus ein Garten gehören muß, darf nicht beibehalten werden. Wer einen Garten unbedingt haben will, soll ihn vor der Stadt mieten. Die Wohnungssteuer wird kaum begründet werden. Es wird an Idealismus und an Geld fehlen. Die Belastung ist ohnehin groß genug. Die Vorlage stellt eine Lösung dar zwischen privater und gemeindlicher Bauaufgabe. Wir begrüßen die Vorlage und stimmen ihr zu.

Stadtobmann Kruse (U.S.) hält es für angebracht, daß man Arbeiterwohnungen da errichte, wo es sonst nicht diskutierbar war, z. B. am Platze des Palais Schmieder. Die Notwendigkeit liegt vor. Die Mietsteuer lehne er ab. (Hört! Hört!) Die Wohnungskommission, die aus vier Beamten, 4 Arbeitern und zwei Hausbesitzern bestehen soll, könne gebildet werden, wenn auch die Bestimmungen der Gemeindeordnung entgegenstünden. Die außerordentliche Notlage erlaube das. Nur die Kommunalisierung und Sozialisierung sei imstande, das Problem zufriedenstellend zu lösen.

Stadtobmann Müller: Birb (Soz.) tritt für eine rationellere Betriebsweise in städtischen Betrieben ein. Es mache den Eindruck, als ob man absichtlich derartige Betriebe in Gestalt, daß sie niemals rentieren könnten.

Stadtobmann Hölzerbach (Dem.) hält eine Beschränkung des Anbaus für notwendig. Besonders sehr er eine Gefahr im Bezug auf einer Himmelsrichtung, die er nicht nennen wolle. Mit Bezug auf den 100 Mill.-Antrag wies er auf die Grenze hin, die der Aufnahme von Darlehen gezogen sei.

Stadtobmann Graf (Ztr.) bespricht die Möglichkeit des Wohnungsbaus in den Kasernen, der oft ganz unverantwortliche Betriebskosten verursacht. In der Baufrage sei der Behutsamkeit des einzigen Richtige.

Stadtobmann Heini (Dem.) fordert eine Vereinbarung mit der Altbahn wegen Einrichtung eines Nahverkehrs.

Der 100 Mill.-Antrag wird als Anregung angesehen.

Sämtliche Vorlagen, die wir in Nr. 187 und 190 ausführlich behandelt, werden angenommen.

Erwerbung von Geschäftsanteilen der gemeinsamen Mieter- und Hauswerkes Baugenossenschaft.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Ankauf von angefangenen Bantzen.

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf rund M. 138 500.

Auch diese Vorlage wird debattelos angenommen.

Fortbetrieb des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims.

Bürgermeister Dr. Forstmann bittet um einmütige Zustimmung.

Stadtobmann Neumann spricht den Persönlichkeiten, die an führender Stelle des Unternehmens standen, Dank aus und empfiehlt namens des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten die Annahme der Vorlage.

Stadtobmann Frau Himmelscheber (Dem.) drückt die Zustimmung ihrer Fraktion aus. Der Küchenbetrieb sollte rationaler gestaltet werden. Eine bessere Bezahlung der angestellten Frauen der Anstalt sei notwendig. Sie arbeiten 12 Stunden; außerdem verlangt man von ihnen nicht nur sachliche, sondern auch persönliche Hingabe, Geduld und ein freundliches Gesicht. Der Ankauf zum Schweißerberuf ist sehr gering. Die Änderung sei zwar Sache des Frauenvereins und des Schweißerverbandes, aber auch die neu zu bildende Kommission sollte ihr Augenmerk auf die Sache richten.

Stadtobmann Frau Fischer (Soz.) bemängelt, daß die Betriebsführung im Ludwig-Wilhelm-Krankenheim teurer sei als im städtischen Krankenhaus, begründet aber im übrigen das Abkommen.

Stadtobmann Kühn (Ztr.) stimmt der Vorlage zu, wenn er auch schwere Bedenken hinsichtlich der Ausführung hege. Eine andere Regelung war aber nicht möglich. Die Stadt kommt dem Frauenverein recht weit entgegen. So bleibe die gesamte Rechnungsführung in Händen des Vereins. Es seien sehr viele Reibungsflächen vorhanden.

Stadtobmann Frau v. Volk (D.N.) gibt die Zustimmung namens ihrer Fraktion bekannt.

Nach einem Schlusswort von Bürgermeister Dr. Forstmann wird die Vorlage angenommen.

Veräußerung von Industriegebäude beim Westbahnhof.

Es handelt sich um freihändigen Verkauf des Grundstücks Nr. 14346 im Gebiet des Karlsruher Westbahnhofs (Gewann „Alte Neuhäuser“) mit 32 061 Quadratmeter zu gleichen Teilen an die Firmen Billing & Zoller A.G. für Bau- und Kunstschlerei hier (zur Erweiterung ihrer Fabrikanlagen), Hoyerfabrik Karl Greffler hier (zur Errichtung einer Herdfabrik) und Süddeutsche Dampfkesselerei H. Ddenheimer hier (zur Errichtung einer Dampfkesselerei) zum Preise von 15 M. für den Quadratmeter, somit zusammen 480 915 M. und gegen die Verpflichtung der eintreffenden Zahlung der Straßen- und Kanalsteuern.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt einige Änderungen, die bezwecken sollen, die Abgabe des Grundstückes an die Firma Ddenheimer

bis auf weiteres zu verhindern und die Interessen der Anbauer des Grundstückes zu wahren.

Oberbürgermeister Dr. Finter: Wir haben uns entschlossen, eine Industriezucht zu werden. Die Firma kann vorerst noch gar nicht bauen; sie will sich aber das Gelände sichern. Sie muß das Gelände zu landwirtschaftlichen Zwecken nutzen oder es verpachten.

Stadtobmann Kruse (U.S.) stimmt den erwähnten Änderungen zu.

Stadtobmann Frau Himmelscheber (Dem.): Die Hausfrauen werden es in dieser Zeit der Dürst nicht verstehen, daß man eine Dampfkesselerei errichten will.

Der Vorsitzende hält dem entgegen, daß es noch eine Zeitlang dauern werde, bis man einsehe, daß in Karlsruhe die Industrie notwendig ist. Wenn der Fabrik das Gelände verweigert werde, so würde sie mit Rechtigkeit anderswo befriedigt werden. Der Schnaps werde doch gebrannt.

Nach Bemerkungen weiterer Stadtobmann Müller: Herrmann (Dem.), Söhn (Soz.), Pfeiff (Dem.) stellt die Presse die Verzichtserklärung ein.

Die Vorlage wird in der städtischen Versammlung angenommen, nachdem die Anträge abgelehnt waren.

Städtische Wohnungspolitik.

III. Schluß.

Wie schon bemerkt, kann die Stadtgemeinde ihre Wohnungspolitik nicht lediglich auf die Gewährung von Baudarlehen beschränken. Sie muß vielmehr auch auf die Herstellung, Beschaffung und Preisbildung von Baustoffen den erforderlichen Einfluß ausüben. Die Erzeugung ertragsreicher Preise ist umso notwendiger geworden, als die Baustoffpreise gegenüber der Friedenszeit um das 14-20fache in die Höhe gezwungen sind, während der Durchschnitt für Lieberzeugung das Dreifache nicht überschritten hat. So kam es beispielsweise in Karlsruhe vor, daß in der Südweststadt ein über die Hälfte fertiggestellter Neubau wieder abgebrochen wurde, weil die dazu verwendeten Bausteine mit größerem Nutzen verkauft werden konnten, als sie beim Neubau hätten verwendet werden können. Ob hier nicht Anlaß zu behördlichem Einschreiten vorgelegen wäre, kann hier nicht abgehandelt werden. Um dieser Einseitigkeit der Preisbildung zu begegnen, ist kürzlich unter Führung des bürgerlichen Staates die badische Baustoffgesellschaft G. m. b. H. gegründet worden, in der die hauptsächlichsten Verbraucher der Stadt, die Städte und das Handwerk vereinigt, als die geistige Kraft der Käufer, der geschlossenen Markt der Erzeuger entgegenzutreten sollen. Die Gesellschaft soll im wesentlichen eine Ergänzung der Tätigkeit des Landeswirtschaftsamts darstellen und in den Fällen, wo die behördlichen Maßnahmen nicht mehr ausreichen, die öffentliche Bauwirtschaft durch Erlassung aller Handelsgeschäften mit Baustoffen zu versehen, ohne dabei nach Art der Kartellgesellschaften den gesamten Handel zu monopolisieren. Zum Einkauf der Baustoffe gehört unbedingt auch die Beteiligung an ihrer Erzeugung. Es genügt dabei durchaus, nur über einen Teil des eigenen Bedarfs verfügen zu können. Damit allein schon kann man die Erzeuger nötigen, ihre Preise den tatsächlichen Herstellungskosten anzupassen. Es ist also durchaus nicht nötig, über diesen zur Regulierung notwendige Maß hinaus selbst Baustoffe zu erzeugen. Von solchen Erzeugnissen ausgehend, beschloß der Stadtrat, sich an einem Ziegeleinunternehmen in Nierbach im Obtal zu beteiligen. Dieses Kartell besteht aus einem großen neuen Ringofen mit zugehöriger Reduziermaschine, Wohnhaus, Ziegelei mit 67 414 Quadratmeter anschließendem, weiter auszubauendem Gelände; es wird zuerst durch Einkauf von Ziegeleinmaschinen und für Bausteine und Feuerungsmittel ausgebaut. Die Erzeugung des Wertes ist dabei so beachtlich, daß die Herstellung von Bausteinen als Halbfabrikation, diejenige von Raut nur insoweit zu betreiben sei, als es der Woban des Bruches mit sich bringt. Die Jahresleistung des Wertes ist zu 500 t Raut und 3,6 Millionen Bausteine und Dachziegel veranschlagt. Diese Menge reicht zur Deckung des Gesamtbedarfs in Karlsruhe bei weitem nicht aus, wenn einmal die Bauwirtschaft wieder voll befestigt sein wird. Sie genügt aber weitaus zu der notwendigen Regulierung der Preise. Es ist dabei nicht nur an die öffentlichen Mittel zu denken, vielmehr ist zu hoffen, daß durch das Vorhaben der Stadt das gesamte Baugewerbe wieder mit billigeren Baustoffen versehen werden kann, daß auch der Bau von Geschäftsräumen, Werkstätten und Fabrikgebäuden in notwendiger Umfang wieder einsetzt und daß vor allem auch die Unterhaltung der bestehenden Häuser wieder mit erträglichen Kosten durchgeführt werden kann. Der Einbau der Ziegeleinmaschine ist zuerst im Ganzen, die betriebliche Herrschaft des Wertes wird jedoch nur einmütig in Anspruch nehmen, so daß mit der eintreffenden Produktion erst zu dem nächsten Bauabschnitt, aber immerhin noch für das laufende Jahr angesetzt werden kann. Nach dem Gesellschaftsvertrag beläuft sich das Stammkapital auf 340 000 M., von dem die Stadtgemeinde 250 000 M., Ziegeleinbesitzer 30 t in Nierbach 70 000 M. und Ziegeleinbesitzer 60 t in Nierbach 15 000 M. übernehmen. Außerdem bringen die Stadtgemeinde als Sodeinlagen 256 830 M., der 30 t den mit einer Hypothek von 160 000 M. belasteten Betrag von 229 820 M. ein. Der Reingehalt wird zu einem Drittel an Abschreibungen verwendet, mit 5 Prozent einem Reservefonds zugeführt und zur 50-prozentigen Verzinsung der Darlehen und Stammeinlagen bestimmt, während ein etwa dann noch verbleibender Rest je Hälfte an Abschreibungen und Rücklagen zu verwenden ist. Die Stammeinlage der Stadtgemeinde mit 250 000 M. und das von ihr zu gewährenden Darlehen im gleichen Betrag sollen aus Anlehensmitteln entnommen werden. Die beiden Privatgesellschaften hätten natürlich ebenfalls ein Darlehen in gleicher Höhe wie die Stadtgemeinde zu gewähren. Aber auch dann noch wird der Anteil der Stadt 51 Prozent, derjenige der beiden anderen Gesellschaften zusammen 49 Prozent betragen, so daß die Stadt im Ausschluß der Wege und in der Gesellschaftsverwaltung das Uebergewicht behalten wird.

Die bis jetzt besprochenen städtischen Maßnahmen reichen bei weitem noch nicht aus, die Wohnungsnot auf ein erträgliches Maß herabzumindern, geschweige denn sie überhaupt zu beseitigen. Die Stadtgemeinde sucht deshalb beim Bürgerausschuß um die Gewährung eines weiteren Kredits von 7 320 000 M. nach, um daraus an die vier gemeinnützigen Baugenossenschaften entsprechende Baudarlehen bewilligen zu können. So sehr dadurch die Finanzierung der Stadt belastet wird, konnte sie angesichts der Tatsache, daß anfangs Mai schon 3700 Wohnungsforderungen, worunter 1500 dringliche Fälle, vorhanden waren und diese Zahl in ständigem Zunehmen begriffen ist, von dem erwähnten Vorhaben nicht absehen. Die badische Regierung hat allerdings aus den ihr vom Reich überlieferten Mitteln ein Darlehen für den gesamten Stadtbezirk Karlsruhe in Höhe von 1 800 000 M. zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag stellt nach den vom Reich für Baudarlehen aufgestellten Richtlinien eine Beihilfe für die Erfüllung von 141 Woh-

nungen dar. Legt man dem Neubauprogramm der Stadt für das laufende Jahr diese Zahl zugrunde, so würde sich leicht zeigen, daß die beschriebene Finanzierung der Baudarlehen angeht, wenn die Gesamtsumme von 10 877 000 M. ergeben. In dieser außerordentlich hohen Summe haben die Genossenschaften zunächst die durch die kapitalisierte Miete der Häuser bedingten Beiträge zur Verfügung zu stellen und sodann bei den größeren Wohnungen, soweit sie mehr als drei Zimmer enthalten, für jedes über diese Zahl hinausgehende Zimmer 5000 M. als Sonderzuschuß zum besseren Baugeld zu leisten. Die kapitalisierte Miete für sämtliche Häuser entspricht einem Betrag von etwa 1 627 000 M. oder 15 Prozent der Gesamtverfügungsmittel, während die Sonderzuschüsse für die größeren Wohnungen bei einem Betrag von 130 000 M. nur 1 Prozent der Gesamtverfügungsmittel darstellen. Die Genossenschaften übernehmen hiernach eine Summe von 1 757 000 M. oder 16 Prozent der Gesamtverfügungsmittel als veranschlagte Mittelbeiträge. Sie werden aber voraussichtlich über diese Beiträge hinausgehen und damit die Finanzierung der Baudarlehen erleichtern.

Von den als Reichsdarlehen in Aussicht gestellten 1,8 Millionen Mark entfällt durchschnittlich ein Betrag von 12 770 M. auf eine Wohnung, während die zumal durch die durchschnittlichen Ertragskosten für eine Wohnung 77 140 M. betragen. Die Stadt hat somit alle Mittel aufzubringen, die durch die Genossenschaften und die Baudarlehen des Reichs nicht gedeckt sind. Die Stadt muß somit 7,32 Millionen Mark oder 67,5 Prozent der Gesamtverfügungsmittel bereitstellen. Unter diesen Umständen ist es der Stadt nicht möglich, für weitere Wohnungsbauten ähnliche Vorhaben zu machen.

Nach dem Bauprogramm wird der Mieter- und Bauverein auf den von der Stadt in Erbach überlassenen Grundstücken in Erbach und Rimsheim je zwei 2 und 3 Zimmerwohnungen bauen, die Gartenstadt Karlsruhe in Rappurr 68 Einfamilienhäuser und drei Mehrfamilienhäuser, die Gartenstadt Grünwies 17 Einfamilienhäuser und die Handwerkerbaugenossenschaft 28 Einfamilienhäuser und zwei Mehrfamilienhäuser in der Sandwiesendörflerstraße errichten. Diese Arbeiten können ungehindert in Angriff genommen werden.

Aus den bisherigen Darlegungen dürfte jedoch zur Genüge hervorgehen, daß die Stadt Karlsruhe, wie aber auch die übrigen Gemeinden, nicht in der Lage ist, sozial Mitteln aufzubringen, um die Wohnungsnot gründlich zu beseitigen zu können. Das läßt sich auch an einigen Beispielen einwandfrei zeigen. Nach den obigen Ausführungen sind die Preise für Baustoffe gegenüber der Friedenszeit um das 14- bis 20-fache gestiegen. Man wird also mit der Annahme, daß das Baugeld heute 15 Mal teurer geworden ist, als vor dem Kriege, eher zu rechnen als zu hoch rechnen. Ein Einfamilienhaus, das früher zu 6000 M. erstellt werden konnte und bei dem heute der Preis um 7 Prozent nur einen jährlichen Mietzins von 420 M. erfordert, würde heute etwa 90 000 M. kosten. Der Mietzins würde sich ebenfalls bei einer 7-prozentigen Verzinsung auf jährlich 6300 M. belaufen. Das ist bei einer solchen Miete, selbst bei dem heutigen Wohnungsstand, ein Mieter nicht finden würde, obwohl wohl keines Beweises. Andererseits erlaßt sich aus diesem Beispiel aber auch, daß keine einzige deutsche Stadt kapitalistisch genug wäre, um zu dem Darlehen des Reiches noch so viel Baustoffen zuzuführen, daß sie damit die Wohnungen zu dem früheren oder einem nicht viel höheren Mietzins erstellen könnte. Werben zu den Neubauten nicht viel erheblicher Zuschüsse als bisher seitens des Reichs und der Gemeinden nicht mehr zu werden, so werden die gemeinnützigen Baugenossenschaften nicht mehr in der Lage sein, Neubauten zu errichten. Aber selbst wenn solche errichtet werden würden, wären sie doch nicht in der Lage, die Wohnungsnot zu beseitigen, weil die Wohnungsnot einfach unermesslich ist. Um die Wohnungsnot noch weiter zu vermindern, sollen die Mietzins für die Baustoffe niedrig gehalten werden. Seit dem 1. April 1918 ist deshalb das Reich zur Förderung des Wohnungsbaus unterirdische Zuschüsse. Es ist aber ebensowenig wie die Städte in der Lage, für diese Zwecke solche Mittel zur Verfügung zu stellen, um damit die Wohnungsnot zu beseitigen.

Nach den bisherigen Darlegungen betragen die Zuschüsse des Reiches zusammen mit den Mittelbeiträgen der Gemeinden, die das Reich zur Wohnungsnot, nur etwa ein Fünftel der heutigen Baustoffen, während erhebliche Mittel für einen Zuschuß von mindestens vier Fünftel der Baustoffen vorzusehen. Schon dieser ist deshalb die Stadt Karlsruhe nach dem Programm anderer Städte über die Unmöglichkeit des Reiches hinaus auszugeben, ohne das Ziel zu erreichen.

Zur Abhilfe müssen deshalb andere Wege beschritten werden, und zwar ist es nicht zu umgehen, seine Einnahmen neu hierfür zu erschließen.

Es wurde ein Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe um Baustoffen ausgearbeitet, nach dem die städtischen Verwalter aller Wohnungen, deren Mieten auf der Höhe der Baustoffpreise nicht mehr liegen, die Mieten der städtischen Wohnungen künstlich niedrig gehalten werden, einen Bruchteil der Friedensmiete herabsetzen, um damit denen zu helfen, die keine Wohnungen haben. Die an die Gemeinden zu leistenden Abgaben sollen mindestens 15 v. H. der Friedensmieten betragen. Mit diesem Entwurf hat jedoch die preussische Regierung nicht einverstanden. Sie arbeitet einen anderen Gesetzentwurf aus, der das Recht zur Erhebung der Abgabe den Städten zugeht, und den Gemeinden lediglich die Erhebung von Zuschüssen zur Baustoffabgabe gestattet. Dem letzteren Entwurf hat Reichsrat unter Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages zugestimmt. Sollte er Gesetz werden, dann müssen auch die Städte sich mit dem Reich und den Gemeinden in die Baustoffpreise einmischen, denn die Erhebung der Abgabe wird in dieser Richtung die Erhebung der Baustoffpreise zu machen sein, denn die Gemeinden besitzen bei ihrer sonstigen finanziellen Inanspruchnahme dringender der Entlastung, sollen sie über die kritische Zeit hinaus durchhalten können.

Amthliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat unterm 30. Juni d. J. beschlossen, den etatsmäßigen a. o. Professor an der Technischen Hochschule München Dr. Heinrich Liebmann zum ordentlichen Professor für Maschinenbau an der Universität Heidelberg zu ernennen.

Mit Entschiedenheit der Reichsliste Baden des Reichsberichtsministeriums vom 30. Juni d. J. wurden ernannt die Oberstaatssekretäre: Hermann Rupp in Mannheim, vertritt als Verleiher auf das Stationsamt I Rheinheim-Neckaru, zum Bahndirektor, Gregor Schäfer in Bruchsal zum Bahndirektor, Friedrich Dued in Rastatt zum Bahndirektor, Max Trautwein in Mannheim, vertritt als Verleiher auf das Stationsamt I Eberbach, zum Bahndirektor, Karl Gortler in Erlen, vertritt als Verleiher auf das Stationsamt I Mannheim, zum Bahndirektor, Wilhelm Wabbel in Mannheim, vertritt als Verleiher auf das Stationsamt I Bruchsal zum Bahndirektor, August Nuttmann in Heidelberg-Heidelberg, vertritt als Verleiher auf das Stationsamt I Eberbach, zum Bahndirektor, Heinrich Schifferdecker in Donaueschingen, zum Bahndirektor, Josef Sarto in Rastatt zum Bahndirektor, Gabriel Leibler in Heilbrunn, Mannheim, zum Bahndirektor, Philipp Horn in Rastatt, Mannheim, zum Bahndirektor, Max Fickler in Karlsruhe, Mannheim, zum Bahndirektor und Hugo Lugaer in Rastatt, Mannheim, zum Bahndirektor, zum Bahndirektor.